

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Abtischen Platz 2.

Insertate für die viertägigen Heftteile oder deren Raum 1 M.
Vergütungsangelegenheiten und Arbeitervermittlungen 50 Pf.
Veranstaltungsanzeigen 30 Pf.

Lohnerhöhung!

In dem Vorkauf unserer vorigen Nummer haben wir darauf hingewiesen, daß der Abbau der Löhne eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist, deren Durchführung sich aber fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Mit aller Entschiedenheit haben wir dabei betont, daß von einem Abbau der Löhne erst dann die Rede sein kann, wenn zuvor die Lebenshaltungskosten auf ein erträgliches Maß herabgesetzt sind. In dieser Richtung ist aber bisher nicht das geringste geschehen. Im Gegenteil! Seit dem Ausbruch der Revolution sind die Kosten der Lebenshaltung ganz empfindlich weiter gestiegen. Die den Friedenspreis oft um ein Mehrfaches übersteigenden Preise der rationierten Lebensmittel spielen dabei eine recht untergeordnete Rolle. Die Rationen sind so gering, daß derjenige, der auf sie allein angewiesen ist, mit unfehlbarer Sicherheit langsam verhungern muß. Wer dieser Gefahr entgehen will, ist genötigt, den Schleichhandel in Anspruch zu nehmen und muß hier Preise zahlen, die von Tag zu Tag höher steigen.

Neuerdings ist die Hoffnung auf einen Abbau der Lebensmittelpreise gestiegen durch die wiederbeginnende Einfuhr von Lebensmitteln. Aber leider muß damit gerechnet werden, daß sich diese Hoffnung als trügerisch erweist. Die Mengen, deren Einfuhr uns gestattet ist, halten sich in bescheidenen Grenzen, und dabei ist die Einfuhr an so schwere Bedingungen geknüpft, daß es noch recht zweifelhaft erscheint, ob wir von der Einfuhrerlaubnis in vollem Umfange Gebrauch machen können. Uebrigens wird die Einfuhr selbst kaum preisrückend wirken, denn durch das Zusammenwirken verschiedener Umstände, hauptsächlich infolge des ungünstigen Standes der deutschen Valuta, müssen die Auslandslebensmittel so teuer bezahlt werden, daß sie sich in Preise von der Schleichhandelsware wenig unterscheiden werden.

Für absehbare Zeit besteht keine Aussicht, zu einer Erleichterung der Lebenshaltung zu kommen, und aus dieser Tatsache müssen wir notwendig die Konsequenzen ziehen. Die Holzarbeiter haben lange, fast zu lange ausgehalten; wenn wir jetzt die Forderung nach einer neuen Lohnerhöhung erheben, dann folgen wir nur dem Beispiel, das uns von den Arbeitern vieler anderer Berufsgruppen gegeben wurde. Wir sind mit unseren Löhnen in Rückstand geraten; sind doch vielerorts die Löhne ungelerner Arbeiter höher als die der gelehrten Holzarbeiter. Es ist nicht etwa Neid, der uns zu unserem Vorgehen zwingt; wir können den Vorkämpfern ihren höheren Lohn und vertreten keineswegs die Auffassung, daß zwischen den Löhnen der Arbeiter der verschiedenen Berufe gewisse feststehende Grenzen innegehalten werden müssen. In dem Augenblick, in dem wir in eine allgemeine Lohnbewegung eintreten, ziehen wir lediglich die Löhne der Holzarbeiter in Betracht und vergleichen sie mit den Preisen für die notwendigen Lebensbedürfnisse. Das Resultat ist überall das gleiche. Möge es sich um große oder um kleine Städte, um Nord- oder um Süddeutschland handeln, überall sind die Löhne der Holzarbeiter ungenügend, sie reichen nicht aus, um den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Das Verlangen unserer Kollegen nach Lohnerhöhung ist allgemein, und es wird immer dringender geäußert. Kein objektiver Denker kann ihm die Berechtigung verweigern. Es geht unter den Holzarbeitern im Reich, und vereinzelte Ausbrüche haben den einschlägigen Unternehmern den Ernst der Lage deutlich vor Augen geführt. Die Ursache der Carence liegt klar zutage, in der Hauptsache sind es die unzureichenden Löhne. Die vertraglichen Mindestlöhne sind in den letzten Jahren wiederholt erhöht worden. Die Löhne sind, absolut genommen, ganz bedeutend höher als vor dem Kriege; aber alle Steigerungen haben nicht vermocht, einen auch nur annähernden Ausgleich mit den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung herbeizuführen. Im Herbst des vorigen Jahres hatte sich die Notwendigkeit einer neuen Lohnsteigerung als unabwiesbar herausgestellt. Unser Verband war aber gebunden durch die Müllnerberger Vereinbarung vom 21. August 1918, nach welcher vor dem 1. April 1919 keine neuen Forderungen gestellt werden durften. Da kam das Abkommen zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften vom 15. November 1918, durch welches der Achtstundentag ohne Lohnminderung eingeführt wurde. Die Rücksicht auf die Aufrechterhaltung unseres Tarifsystems machte eine Kräfteverletzung der Mindestlöhne in den einzelnen Tarifklassen notwendig; eine Notwendigkeit, die auch von den Unternehmern anerkannt wurde. Aber der Durchführung des Planes wurden immer neue Hindernisse in den Weg gelegt. Es setzte eine widerwärtige Feilscherei um einige Pfennige ein. Statt die Sache beim Abschluß zu bringen, fiel die Entscheidung über die von unserem Verband im November 1918 unterbreitete Vorlage erst in der Sitzung des Rates am 6. Februar 1919. Inzwischen hatten sich aber die Verhältnisse wesentlich geändert, und was im November zugestanden, als unannehmbarer Fortschritt registriert worden wäre, wurde im

Februar als unzulänglich empfunden und erweckte mehr Mißstimmung als Befriedigung.

In manchen Orten, auch in Großstädten, betrachten die Unternehmer die vereinbarten Mindestlöhne als S. S. A. L. S. H. n. e. Unbestimmt um die tatsächlichen Verhältnisse, lehnen sie die von den Arbeitern in den Betrieben gestellten Forderungen auf Lohnerhöhung ab. Ja, es ist sogar vorgekommen, daß ein Jurist bemüht wurde, um zu begutachten, daß die Zahlung eines höheren Lohnes als des vertraglichen Mindestlohnes eine Vertragsverletzung durch den Unternehmer sei. Das ist natürlich Unsinn, aber ein solches Verhalten der Unternehmer muß die ohnehin durch Hunger und Entbehrungen erregten Arbeiter vollends ausbringen, und das führt leicht zu Schritten, welche dann von den Unternehmern sehr unangenehm empfunden werden.

Nun ist die unserem Verband auferlegte Karezstift abgelaufen. Der Vorstand hat den Arbeitgeber-Schutzverband und die anderen beteiligten Arbeiterorganisationen zu Verhandlungen über neue Lohnzusatzlagen eingeladen. Die Forderungen nach Lohnerhöhung werden weiter gehen als die bisherigen, und daneben wird eine Reihe weiterer Forderungen erhoben werden; auf die Einzelheiten werden wir noch zurückkommen. Die von unserem Verband delegierten Mitglieder der Verhandlungskommission sind die Beauftragten der Kollegenschaft im ganzen Reich. Ihnen allen brennt das Feuer auf den Nägeln; in einer großen Reihe von Städten sind sie bereits örtlich an die Unternehmer herangetreten, um die nicht länger mehr zu entbehrende Lohnzulage zu erlangen. Im Lager der Unternehmer dürfte man sich über den Stand der Dinge nicht im Zweifel sein, und man sollte sich dort auch darüber klar werden, daß diesmal jeder Versuch der Verschleppung unterlassen werden muß. Die Holzarbeiter verlangen dringend nach einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Erhöhung der Löhne, und dieses Verlangen muß auf dem schnellsten Wege befriedigt werden.

Arbeiterräte und Gewerkschaften.

Die Arbeiterräte sind eine Errungenschaft der Revolution. Sie sind kein einheimisches Gewächs, sondern aus dem revolutionären Rußland übernommen. Ob es durch, aus notwendig war, diese Einrichtung bei uns einzuführen, oder ob es nicht richtiger gewesen wäre, auf Grund des wohl ausgebildeten Organisationswesens in Deutschland Körperschaften zu bilden, die der deutschen Eigenart angepaßt, die Aufgabe hätten, Träger des Revolutionsgedankens zu sein, wollen wir dahingestellt sein lassen. Wir müssen die Tatsache anerkennen, daß der Gedanke der Arbeiterräte in der deutschen Arbeiterschaft schnell Boden gefaßt hat. Wenn dabei auch das Gefühlsmoment eine sehr große Rolle spielt, so steht doch unzweifelhaft fest, daß sehr große Teile der deutschen Arbeiterschaft die Erhaltung und den Ausbau des Ratesystems wünschen.

Bei dem Versuch, festzustellen, was unter dem Ratesystem verstanden wird, stellt man aber sehr bald auf starke Gegensätze. Das System ist über Nacht entstanden, aber die Ansichten über die Organisation der Räte und über ihren Aufgabenkreis gehen noch sehr weit auseinander. Es gibt eine sehr große Anzahl von Räten der verschiedensten Art, deren Vollmachten beruhen aber auf recht unterschiedlicher Grundlage. Die Räte sollen Vertretungskörper der Arbeiter sein, bei ihrer Errichtung wurden jedoch sehr verschiedenartige Methoden angewendet. Während an manchen Orten die Wahl auf breiterer Grundlage und unter ähnlichen Sicherungen vollzogen wurde wie z. B. die Wahlen zu den Parlamenten, gibt es andere Räte, deren Amt auf einem recht unsicheren Rechtstitel beruht; nicht wenige Arbeiterräte dürften amtieren, bei denen man eher sagen kann, daß sie ernannt, als daß sie gewählt worden seien. Für das System selbst ist das aber von geringerer Bedeutung. Wenn es sich einbürgert, wird auch ein einheitliches Wahlsystem geschaffen werden.

Niel wichtiger ist die Frage nach dem Aufgabenbereich der Arbeiterräte. Hier geben die Ansichten sehr weit auseinander. Die extremsten Vertreter des Ratesystems erheben die Forderung: „Alle Macht den Arbeiterräten!“ Durch dieses Schlagwort soll ausgedrückt werden, daß die Arbeiterräte die Träger der gesamten Staatsgewalt sein sollen. Sie ernennen und überwachen die Mitglieder der Regierung, sie kontrollieren die Tätigkeit der Parlamente und die Arbeiten der Selbstverwaltungskörper. Die Arbeiterräte sind zugleich die Träger der gesamten Warenherzeugung und -verteilung, die mit der größten Beschleunigung zu vergesellschaften ist. Eine andere Richtung will den Arbeiterräten lediglich Aufgaben zuweisen, die sich von denen der bisherigen Arbeiterausschüsse in den Betrieben nur wenig unterscheiden. Zwischen diesen äußersten Gegenätzen gibt es eine Unmenge von Ansichten über die den Arbeiterräten zuzuwisenden Funktionen. Die Zukunft der Arbeiterräte ist ein Pro-

blem, das sehr lebhaft diskutiert wird, und voraussichtlich dürfte es noch längere Zeit dauern, ehe sich die Ansichten geklärt haben.

Zu dem Streit, ob und in welchem Umfang die Arbeiterräte politische Funktionen haben, ob und in welcher Art sie an der Gesetzgebung und Verwaltung zu beteiligen sind, wollen wir uns hier nicht äußern. Dagegen interessieren uns die den Arbeiterräten zugeordneten wirtschaftlichen Aufgaben. Um so mehr, als der Gedanke, daß zwischen den Arbeiterräten und den Gewerkschaften Reibungen und Kompetenzstreitigkeiten entstehen können, durchaus nicht von der Hand zu weisen ist. Solche Gegensätze können entstehen, sie müssen es aber nicht. Aufgabe der Gesetzgebung und aller bei der Lösung des Problems zur Mitwirkung berufenen Organe wird es sein, eine Lösung zu suchen, die Reibungen nach Möglichkeit ausschließt.

Man muß sich wohl oder übel mit der Tatsache abfinden, daß die Arbeiterräte da sind und einen starken Betätigungsbereich haben. Damit, daß die bisherigen politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter mit den Arbeiterräten ein Fangballspiel beginnen und sich gegenseitig bescheinigen, daß die Arbeiterräte in den Betrieben am zweckmäßigsten ein Tätigkeitsfeld entfalten, die bisher zum Arbeitsgebiet des anderen Zweiges der Arbeiterbewegung gehörten, ist der Sache wenig gedient. Das Problem ist so wichtig, daß es ernsthaft angefaßt werden muß. Man muß den Dingen ruhig ins Auge blicken und darf den Kopf nicht in den Sand stecken.

Für die künftige Stellung der Arbeiterräte hat die Reichsregierung gewisse Richtlinien gezeichnet. Anlässlich des Generalstreiks in Berlin hat eine Abordnung der sozialdemokratischen Arbeiterräte in Weimar vorgeschlagen und mit der Regierung verhandelt. Hierbei hat die Regierung ihre gesetzgeberischen Absichten, die in der nächsten Zeit verwirklicht werden sollen, in einer Reihe von programmatischen Erklärungen formuliert. Hinsichtlich der Arbeiterräte heißt es in der Erklärung:

a) Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Aufgaben werden durch ein sofort zu veranlassendes besonderes Gesetz geregelt.

b) Für die einzelnen Betriebe sind Betriebsarbeiter- und Angestelltenräte zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.

c) Zur Kontrolle und Regelung der Produktion und Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerbezweige Arbeitsgemeinschaften gebildet, in denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellten und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mitwirken.

d) Für bestimmte territoriale Bezirke werden Bezirks-Arbeiterräte (Arbeitskammern) und für das ganze Reich ein Zentral-Arbeitsrat gebildet. In den Bezirks- und Zentral-Arbeiterräten sollen alle selbst Arbeit leistenden, auch die Arbeitgeber, freien Berufs usw. vertreten sein. Diese Räte haben bei Sozialisierungsmassnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter Betriebe und Gewerbezweige heranzuziehen. Sie haben weiter alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze zu begutachten und das Recht, selbst solche Gesetze zu beantragen. Die Reichsregierung wird den Zentralrat vor der Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze hören.

Wenn man dieses Programm aufmerksam liest, dann findet man, daß hier den Arbeiterräten Funktionen im Wirtschaftsleben zugewiesen sind, die hinter den weitestgehenden Zielen, die von manchen Vertretern der Rechte der Arbeiterräte angestrebt werden, sehr erheblich zurückbleiben. Die Arbeiterräte haben hier die Funktionen, die seither schon den Arbeiterausschüssen zustanden, welche nach den neueren gesetzlichen Bestimmungen in den Betrieben mit 20 und mehr Arbeitern obligatorisch einzurichten sind. Die Rechte der Arbeiterausschüsse oder, wie sie nun heißen, der Arbeiterräte werden aber erweitert; sie sollen bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitwirken.

Die Kontrolle und Regelung der Produktion und der Warenverteilung soll jedoch nicht den Arbeiterräten allein übertragen werden. Die Auffassung, daß hier auch die Betriebsleiter, gleichviel, ob es sich um Privatunternehmer oder in sozialisierten Betrieben um höhere Angestellte mit besonderen Qualitäten handelt, die sie für eine solche Stellung geeignet machen, mitwirken sollen, wird man als berechtigt anerkennen müssen. Der Arbeiter, und dementsprechend der Arbeiterrat, muß vor allen Dingen die Arbeiterinteressen wahrnehmen. Bei der Regelung der Produktion und der Warenverteilung müssen aber noch andere Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden. Die Mitwirkung der Arbeiterräte in der Arbeitergemeinschaft wird aber zur Folge haben, daß bei dem Ausgleich der widerstreitenden Interessen die Forderungen der Arbeiter gebührend berücksichtigt werden.

nen Verhandlungen nur möglich, zu erreichen, daß für Bechen 430 Mk. pro 1000 Bündel, für Einzeln 2,10 Mk. bis 2,50 Mk. pro 1000 Lohd gezahlt werden. Wir haben durch fleißige Agitation erreicht, daß unsere Mitgliederzahl hier in kurzer Zeit auf nahezu 100 gestiegen ist. Die Kollegen haben das dringende Verlangen, sich über die Lohnverhältnisse in den anderen Orten zu unterrichten; die Zinsenverhältnisse von Lärden wäre also recht erwünscht. Wir möchten unseren Fabrikanten nachweisen, wie sie uns am Narrenseil herumzuführen suchen, wenn sie immer behaupten, die höchsten Löhne zu zahlen. Wahrscheinlich ist das Gegenteil richtig. Aber wenn unsere Kollegen weiter fest zusammenhalten, dann muß es uns recht bald gelingen, geordnete Zustände zu schaffen.

Friedrichshafen. In der am 27. Februar abgehaltenen Versammlung wurde die Gründung einer Sektion für W. o. d. E. l. s. h. r. e. n. e. r. beschlossen. Für Arbeitsvermittlung ist nur das hiesige Städtische Arbeitsamt oder das Bezirksarbeitsamt Friedrichshafen zuständig. Jede andere Art der Arbeitsbeschaffung ist unzulässig. Auch möchten wir den Kollegen dringend empfehlen, sich gegebenenfalls vor der Zureise über die Verhältnisse in den hiesigen Betrieben, die ja in bezug auf Entlohnung und Behandlung nicht die besten sind, beim Sektionsvorstand Theodor Greinacher, Marienstraße 4, zu erkundigen.

Schwandorf (Säger). Den Wert des Zusammenhaltens haben unsere hiesigen Kollegen kürzlich recht deutlich erfahren. Wiederholt hatte unser Gauortsteher, Kollege Stein, den Sägewerkbesitzer Fröhler ersucht, den tariflichen Lohn zu zahlen. Solange der Herr glaubte, daß sich die Arbeiter alles gutwillig gefallen lassen, war mit ihm nichts anzufangen. Als aber die Kollegen in einer Versammlung am 12. März beschlossen, bei längerer Weigerung die Arbeit einzustellen, da ging es auf einmal. Anstandslos wurde nun dem Bevollmächtigten zugestanden, daß nicht nur der tarifliche Mindestlohn von 1,14 Mk. die Stunde gezahlt wird, auch die Differenz wird vom 15. Dezember 1918 an nachgezahlt. Mögen sich die übrigen Kollegen in der Oberpfalz, die es mit halsstarrigen Sägewerkbesitzern zu tun haben, dieses Beispiel zur Nachahmung merken.

Unsere Lohnbewegung.

Der Tarifvertrag für die Klavierindustrie.

Der Tarifvertrag für die Klavierindustrie, dessen wesentlichen Inhalt wir in Nr. 9 der „Solgarbeiter-Zeitung“ besprochen haben, ist nun in Kraft getreten. Von den in Betracht kommenden Zahlstellen haben ihm alle bis auf eine ihre Zustimmung gegeben, und nun liegt auch die Zustimmung der Arbeitgeber vor. In einem vom 21. März datierten Schreiben an unseren Vorstand teilt der Reichsverband der deutschen Klavierindustrie mit, daß unsere Bezirksverbände in Berlin, Dresden, Schlesien, Thüringen, Westdeutschland und Württemberg den Tarif angenommen haben. In Leipzig sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, doch sind die Parteien bis zum 1. April noch vertraglich gebunden. In Bayern ist ein Bezirksverband noch nicht zustande gekommen, unsere Interessierten sind dort auch nur schwach vertreten. Da es wahrscheinlich erscheint, daß sich auch Leipzig zur Annahme entschließen wird, die Majorität ist schon für den Tarif sich entscheiden hat, so ist er als angenommen von unserer Seite zu betrachten.

In einem Rundschreiben an die Zahlstellen weist der Vorstand darauf hin, daß es nunmehr Aufgabe unserer Kollegen von der Klavierbranche sein müsse, den Vertrag auch in allen Betrieben durchzuführen. Wo seitens der Arbeitgeber noch Widerstand geleistet wird, müssen die im Vertrag vorgesehenen Schlichtungsinstanzen angerufen werden.

Der Vertrag gilt auch für die Klaviaturfabriken. Mit dem Verband der Klaviaturfabrikanten haben am 20. März besondere Verhandlungen stattgefunden mit dem Ergebnis, daß der Tarifvertrag für die deutsche Klavierindustrie vom 15. Februar 1919 auch von diesem Arbeitgeberverband anerkannt worden ist.

Im weckholsteinischen Vertragsgebiet (Pinneberg, Glückstadt u. a.) erhielten die Korbmacher nach Einführung des Achtstundentages 125 Prozent Aufschlag auf die alten Lohnsätze und auf Fischkörbe 185 Prozent, es war ihnen aber dabei nicht möglich, einen den heutigen Zeitverhältnissen entsprechenden Verdienst zu erzielen, zumal auch sehr schlechtes Material verarbeitet werden muß. Auf Grund der am 5. Januar in Hamburg am 5. Januar getroffenen Abmachung haben sich die Kollegen veranlaßt, einen Aufschlag von 200 Prozent auf die Friedenspreise und 2 Mk. Stundenlohn zu fordern. Zu der am 18. März angeetzten Verhandlung in Pinneberg waren nur 2 Arbeitgeber erschienen, die unsere Forderungen auch als berechtigt anerkannten und bewilligten. Es sind dies die Herren Schreiber in Glückstadt und Ehlers in Tornesch. Herr Schramm aus Wismar wurde aufgefordert, zu der Verhandlung nicht zu erscheinen, und Meister Uebel in Hakenfelde hatte, um die Kollegen bange zu machen, am Abend vor der Verhandlung eine 100-Gesellen entlassen. Die Kollegen betrachteten aber die beiden Arbeitgeber Schreiber und Ehlers getroffene Vereinbarung für das ganze Vertragsgebiet maßgebend. Schließlich in Frage kommenden Arbeitgeber wurde mitgeteilt, daß unter 200 Prozent Aufschlag nicht gearbeitet werden. Da bei der Durchführung der Vereinbarung Schwierigkeiten zu erwarten sind, so bitten wir die auswärtigen Kollegen, sich erst vorher bei den in Frage kommenden Ortsverwaltungen zu erkundigen, bevor sie in den weckholsteinischen Orten Arbeit annehmen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Vorstandstage.

Der Bildhauer-Verband beruft seine Generalversammlung auf die Tage vom 22. bis 28. Juni nach Würzburg. Auf der Tagesordnung steht als besonderer Punkt die

Frage des Anschlusses bzw. des Uebertritts. Die Generalversammlung des Verbandes der Maschinenisten und Setzer findet am 8. Juni und die folgenden Tage in Düsseldorf statt. Der Eisenbahner-Verband beruft seine erste ordentliche Generalversammlung auf den 28. Mai nach Jena. Der Verband der Handlungsgehilfen hält seinen Verbandstag in der Zeit vom 17. bis 21. Juni ab. Der Tagungsort ist noch nicht bekanntgegeben. Der Verband der Sattler und Portefeullemacher beruft seinen Verbandstag auf den 15. September nach Nürnberg. Die 16. Generalversammlung des Malerverbandes ist auf die Tage vom 10. bis 20. Juni einberufen. Der Ort ist noch nicht bestimmt. Der Verband der Schlosser immerer beruft seine 14. Generalversammlung auf den 17. August nach Hamburg ein. Der Verbandstag des Verbandes der Drahter- und Mühlenarbeiter wird am 15. Juni in Stuttgart eröffnet. Der Gemeindegewerkschaftsverband beruft seinen Verbandstag auf den 1. September nach Nürnberg ein. Die Generalversammlung des Löffelverbandes wird am 23. Juni in Nürnberg eröffnet.

Vertragsverhandlungen im Baugewerbe. Am 31. März läßt der Tarifvertrag im Baugewerbe ab. Wegen der Erneuerung des Vertrages haben am 18. und 19. März im Reichsarbeitsamt Verhandlungen stattgefunden, die aber noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Die drei baugewerblichen Arbeiterverbände haben ein neues Vertragsmuster vorgelegt, welches aber nur den Rahmen für die örtlich abzuschließenden Verträge bilden soll. Dieses neue Vertragsmuster will dem gegenseitigen Verhältnis der Vertragsparteien insofern eine andere Grundlage geben, als darin den Arbeitern viel weitergehende Rechte eingeräumt sind als in dem alten Vertrag, der den Arbeitern seinerzeit gewissermaßen aufgezwungen wurde. Die Arbeitgeber wollten auf Grund des alten Vertragsmusters verhandeln. Eine Verlängerung des Vertrages haben sie abgelehnt. Am 29. März soll weiter verhandelt werden. Falls es hierbei nicht zu einer Einigung kommt, würde also am 1. April eine vertraglose Zeit beginnen.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen zählte am Schluß des Jahres 1918 18853 Mitglieder. Am Schluß des Vorjahres hatte er 2889, bei Kriegsausbruch 15764 Mitglieder. Die Abrechnung der Hauptkassen schließt ab mit einem Bestand von 220476 Mk.

Der Schuhmacherverband hatte am Schluß des Jahres 1918 38035 Mitglieder, darunter 17733 weibliche, Ende 1917 waren es insgesamt nur 17453 Mitglieder, darunter 7758 weibliche. Das Vermögen der Hauptkassen ist im Jahre 1918 von 933214 Mk. auf 1015686 Mk. gestiegen. Im laufenden Jahre hatte auch der Schuhmacherverband einen starken Mitgliederzuwachs. Sein Verbandsorgan erscheint jetzt in einer Auflage von mehr als 58000 Exemplaren.

Eingefandt.

Zum Verbandstag.

Der Verbandstag wird grundlegende Beratungen über wichtige prinzipielle, taktische und organisatorische Fragen pflegen müssen. Dies ist um so dringender nötig, als eine gewaltige Mißstimmung und Verbitterung unter den Mitgliedern Platz gegriffen hat. Hervorgehoben wurde diese Mißstimmung durch die Politik und Taktik, welche die Parteiführer bis auf wenige Ausnahmen seit Ausbruch des Krieges eingeschlagen haben, und welcher sich die Gewerkschaftsführer, von der Generalkommission bis herab zu den Haupt- und Ortsverwaltungsmitgliedern, zum größten Teil angepaßt haben. Es ist daher dringende Pflicht, die Frage zu diskutieren: Soll die Taktik unserer Organisation für die Zukunft auf Verständigungs- oder auf Kampfpolitik eingestellt werden?

Man müßte ja zu der Ansicht neigen, daß in einer sozialistisch-demokratischen Republik die wirtschaftliche Lage des arbeitenden Volkes durch die Regierung und ihre Unterorgane derartig geregelt würde, daß die Arbeiterschaft nicht nötig hätte, irgendwelche Zwangs- oder Kampfmittel anzuwenden, um eine Besserung ihrer Lebenslage zu erlangen. Wenn man aber die schwankende, hilf- und haltlose Stellung unserer gegenwärtigen Regierung und der ihr angegliederten Organe bei Regelung der für das Volk notwendigen Fragen verfolgt — erwähnt seien nur: Die Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel, die Demobilisierung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Beschaffung von Rohmaterial für die Industrie, Arbeitsvermittlung, Schaffung von Ersatzmitteln zur Durchführung der für die Arbeiterschaft wichtigen Besordnungen und Entlaste, die Stellung zu den Arbeiterräten, Sozialisierung usw. —, dann kommt man zu der Ueberzeugung, daß von dieser Regierung nichts zu erwarten ist, was zum Wohl und Schutz des arbeitenden Volkes nötig wäre. Darum gilt auch für die Zukunft der Grundsat: Die Befreiung der Arbeiterklasse von aller Ausbeutung und Unterdrückung seitens der kapitalistischen Gesellschaft kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Der Verbandstag muß für die zukünftige Taktik unserer Organisation Richtlinien festlegen, nach welchen die Lebens- und Existenzfragen der Solgarbeiter Deutschlands geregelt werden. Wir haben im Lauf der letzten Jahre unsere Taktik hauptsächlich auf die Verständigungspolitik eingestellt, das heißt, die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse möglichst ohne Streiks durchzuführen. Es haben oft monatelange Verhandlungen über einige Pfennige Lohnzulage oder eine minimale Arbeitszeitverkürzung mit den Organisationsvertretern der Arbeitgeber stattgefunden, die schließlich in einem langwierigen, unerquicklichen Tarifvertrag festgelegt wurden. Diese ganze Tarif- und Verständigungspolitik hat schon oft große Enttäuschung, Verbitterung und Mißstimmung unter den Mitgliedern heraufbeschworen. Im Lauf der letzten vier Jahre hat sich diese Mißstimmung und Verbitterung bis zur höchsten Grenze gesteigert. Beweis dafür ist die gewaltige Fluktuation der Mitglieder in den Jahren 1915 bis 1918. Eine weitere Folge dieser Mißstimmung waren auch die von den Kollegen selbständig unternommenen Lohnkämpfe, wilde Streiks, wie sie ja die Presse der Rechtssozialisten sowie ein Teil der Ge-

werkschaftspresse, voran das „Correspondenzblatt der Generalkommission“, beistimmten. Verhärtet wurde diese Mißstimmung noch durch die Schreibweise der „Solgarbeiter-Zeitung“. Es wäre ja Aufgabe der Redaktion gewesen, dieser Mißstimmung der Mitglieder Rechnung zu tragen; sie hat aber das Gegenteil getan durch ihre Artikel zu der Durchhaltepolitik, Werbung für Kriegsanleihe, Beschimpfung des Genossen Liebknecht, in letzter Zeit durch die Artikel in Nr. 4: „Die Gewerkschaften und die wilden Streiks“ sowie „Spartalshauptstich und sozialistische Einigung“ usw. hat sie herausfordernd und provozierend unter den Mitgliedern gewirkt. Mit diesem Punkt wird sich der Verbandstag ebenfalls gründlich zu befassen haben und eine Reorganisation für die „Solgarbeiter-Zeitung“ zum Beschluß erheben.

Die Verständigungspolitik, welche wir seit Jahren in unserer Organisation betrieben, hat uns auch in ideeller Beziehung unter den Mitgliedern Schaden zugefügt. Unsere Agitation war stets auf die Verständigungspolitik zugeschnitten, infolgedessen ist eine Schulung unserer Mitglieder nicht in der Weise erfolgt, wie es wünschenswert und nötig gewesen wäre. Wir haben sie schließlich zu Gewerkschaftlern, aber nicht zu ziel- und klassenbewußten Kämpfern für die Parteibewegung erzogen. Nach altem Grundsat soll die Gewerkschaft die Vorschule für die Parteibewegung sein. Wenn ein Teil der Gewerkschaftsführer erklärte, man dürfe die Parteipolitik nicht in die Gewerkschaft tragen, so ist das eine Irrlehre, die man unter den Gewerkschaftsmitgliedern verbreitet, welche nicht scharf genug bekämpft werden kann. Die gegenwärtige neue Zeit macht es nun doppelt notwendig, daß auch in unserer Organisation ein neuer, freier Geist Einzug hält und unser Verband von diesem neuen, revolutionären Geist beherrscht wird. Unter diesem Zeichen muß auch der Verbandstag zusammenreten und bei seinen Beratungen befeelt sein, dann bin ich der festen Ueberzeugung, wird er auch imstande sein, die Richtlinien für unsere zukünftige Taktik nicht nur auf die Verständigungspolitik festzulegen, sondern auch der Kampfpolitik ein weites Feld einzuräumen.

Unter Kampfpolitik verstehe ich, daß ernsthaft daran gearbeitet wird, um in den nächsten Jahren einen Abbau des uns so schwer belastenden Unterstützungswesens vornehmen zu können; in erster Linie kommt die Krankenunterstützung in Frage. Krankenunterstützung gehört nicht in den Rahmen einer Gewerkschaft, sondern in das Gebiet der Sozialgesetzgebung resp. des Versicherungswesens. An zweiter Stelle käme dann die Arbeitslosenunterstützung in Frage. Wir haben die Aufgabe, die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise dem Staat und der Kommune aufzubürden. Die Verhältnisse arbeiten ja bereits auf diesem Gebiet für dieses Problem, da sich das Reichsarbeitsamt bereits mit der Frage der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenunterstützung befaßt.

Durch den Abbau des Unterstützungswesens entlasten wir unsere Gewerkschaft nicht nur finanziell gewaltig, es ist dann auch möglich, intensiver für Durchführung der Verbesserung der Lebenslage unserer Mitglieder einzutreten, indem wir einen großen Teil von guten Kollegen für die Agitationsarbeit behalten, die uns oftmals infolge der Unterstützungspolitik verlorengehen, indem sie zu Bureauträtern und Versicherungsbeamten herabsinken. Durch Beseitigung der Unterstützungspolitik wird auch der Kampfscharakter der Gewerkschaften im allgemeinen wieder aufleben, auch stehen den Gewerkschaften Mittel und Zeit zur Verfügung, um wichtige kulturelle und politische Aufgaben im Interesse der gesamten Arbeiterschaft erfüllen zu können.

Franz Meusch, Berlin.

Arbeiterferien und Vertragsabschluss.

Schon früher ist bei der Vorbereitung von Tarifbewegungen die Ferienfrage angeschnitten worden, aber etwas Nichtiges ist dabei nie herausgekommen. Ich glaube, daß nun der günstige Moment gekommen ist, wo die Arbeiterschaft im Holzberuf diese ihre Forderung laut und deutlich mit allem Nachdruck erheben muß. Das deutsche Volk hat schwere Kriegsjahre hinter sich, unter denen die Arbeiterschaft wohl unbestreitbar am meisten gelitten hat. Jetzt sollte eine richtige reichliche Ernährung einsetzen, allein leider bleibt das Moment der Unterernährung bestehen. Wir stehen vor der liststräubigen Tatsache, daß die Gesundheit des Arbeiterstandes aller Berufe schwer erschüttert ist, und daß alles aufgegeben werden muß, um wieder zu einem kräftigen Leistungsfähigen Arbeiterstand zu kommen. Die gesamten Krankenkassen werden uns Dank wissen und die Arbeiterschaft sicher in ihren Bestrebungen unterstützen. Ich sehe in dieser Forderung ein geeignetes Mittel, um die Arbeitskraft und nicht zuletzt auch die Arbeitsfreudigkeit des gesamten Arbeiterstandes zu heben zum Wohl der Allgemeinheit. Sind da nicht die bevorstehenden Tarifverhandlungen der geeignete Zeitpunkt, um endlich auch im Holzberuf die Arbeiterferien generell einzuführen? Ueber die Dauer läßt sich streiten. Ich würde vorschlagen, im ersten und zweiten Beschäftigungsjahre je zwei Tage, vom dritten Jahr an eine Woche, steigend alle Jahre um zwei Tage, bis zur Höchstgrenze von drei Wochen, unter voller Zahlung des Lohns. Das Interesse des Arbeiters an den einzelnen Betrieben würde dadurch nur gesteigert, und die Unternehmer würden mit dieser Stabilität innerhalb der Betriebe sicher sehr zufrieden sein. Die Arbeiterausschüsse oder die Vertrauensleute müßten gemeinsam mit den Geschäftsleitungen für eine beiden Seiten zweckmäßige Festlegung und Verteilung dieser Ferien in die Monate März bis Oktober sorgen. Der Zweck dieser Anregungen soll sein, unsere Zentralleitungen zu veranlassen, bei der diesjährigen Tarifverhandlung mit allem Nachdruck für die Einführung der Arbeiterferien im Holzberuf einzutreten.

Paul Griesel (Karlsruhe).

Literarisches.

Ursachen des Zusammenbruchs. Von Walter Lamm. Das Buch behandelt in recht freudiger Weise und geistig mit ein reiches Tatsachenmaterial amerikanische Erscheinungen, die während des Krieges nicht öffentlich behandelt werden durften, in denen aber der Verfasser mit Recht die wahren Ursachen des Zusammenbruchs erblickt.

